



Wissenschaftlicher Beirat
beim

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie • 11019 Berlin

Herrn
Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststrasse 34-37
10115 Berlin

Der Vorsitzende

Prof. Dr. Hans Gersbach

ETH Zürich
Zürichbergstrasse 18
8092 Zürich, Schweiz

TEL +41 (446) 3 28 28 0

FAX +41 (446) 3 21 83 0

E-MAIL hgersbach@ethz.ch

INTERNET www.wissenschaftlicher-beirat.de

DATUM 16. Juni 2016

BETREFF **Gesetzliche Rentenversicherung**

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

der Wissenschaftliche Beirat beschäftigt sich zurzeit mit dem Thema „Nachhaltigkeit in der Sozialen Sicherung“. In diesem Zusammenhang diskutiert er auch die langfristigen Probleme bei der Erfüllung der Leistungsversprechen in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Weil gegenwärtig im politischen Raum Forderungen nach einer Ausweitung des Leistungsversprechens in den Vordergrund zu treten scheinen, möchte der Beirat auf die bereits jetzt erkennbaren gravierenden Finanzierungsschwierigkeiten des Systems nach dem Jahr 2030 hinweisen.

Nach Angaben des letzten Rentenversicherungsberichtes, der Rentenniveau und Beitragssatz der Gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 abschätzt, kann nach heutigem Recht das in Sozialgesetzbuch VI § 154, Absatz 3, Satz 2 festgelegte Sicherungsziel eines Nettorentenniveaus vor Steuern von 43% eingehalten werden, ohne dass der Beitragssatz über 22% ansteigen muss. Auch ist die Nachhaltigkeitsreserve momentan noch auf einem sehr hohen Stand. Aufgrund dessen mag man versucht sein, angesichts der nahenden Bundestagswahl 2017 die vermeintlichen finanziellen Spielräume der Gesetzlichen Rentenversicherung durch Leistungsausweitungen bei der Rente weiter auszuschöpfen.

Amtliche Vorausberechnungen der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung, die über das Jahr 2030 hinausgehen, liegen nicht öffentlich vor, obwohl für Rentenberechnungen ein Zeithorizont von mindestens 30 Jahren angemessen wäre und z.B. der Tragfähigkeitsbericht einen Zeithorizont bis 2060 ausweist. Berechnungen der Universität Bochum, des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Prognos AG zeigen jedoch

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37
10115 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG U6 Naturkundemuseum
S-Bahn Berlin Hauptbahnhof

übereinstimmend, dass aufgrund des demographischen Wandels bald nach dem Ende des amtlichen Vorausberechnungszeitraums sowohl das Sicherungsziel nicht mehr eingehalten werden kann als auch die Nachhaltigkeitsreserve erschöpft sein wird. Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung müsste dann stark angehoben oder Leistungsversprechen müssten wieder zurückgenommen werden, was erfahrungsgemäß mit hohen politischen Kosten verbunden ist. So wird laut der Vorausschätzung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik der Beitragssatz ab dem Jahr 2031 die Marke von 22% deutlich überschreiten und das Nettorentenniveau vor Steuern ab dem Jahr 2036 die 43%-Grenze unterschreiten. Bereits in 15 Jahren wird die Gesetzliche Rentenversicherung daher in einer ähnlich prekären finanziellen Lage sein wie im Herbst 2002, die zu den Nachhaltigkeitsreformen der Gesetzlichen Rentenversicherung führte.

Der Beirat erinnert daran, dass diese Nachhaltigkeitsreformen unter dem Druck der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, einer schlechten Arbeitsmarktlage und niedrigem Wirtschaftswachstum erfolgten. Seitdem ist die Steuer- und Abgabenquote gesunken, Deutschland ist wettbewerbsfähiger geworden, und wir erleben die höchste Erwerbsquote seit über 50 Jahren. Es wäre verhängnisvoll, dies aufs Spiel zu setzen und sich damit zu beruhigen, dass die amtlich ausgewiesene Lage der Gesetzlichen Rentenversicherung in Ordnung zu sein scheint. Tatsächlich zeigen die längerfristigen Vorausschätzungen das Gegenteil.

Der Beirat warnt daher eindringlich davor, die Leistungsversprechen der gesetzlichen Rentenversicherung auszuweiten, insbesondere vor einem Versprechen, die Rentenleistungen für alle Rentenempfänger auf einem höheren Niveau festzuschreiben, als es im Sozialgesetzbuch festgelegt ist, da dies unweigerlich bereits in absehbarer Zeit zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast führen muss. Der Beirat bittet Sie, Herr Bundesminister, in der Bundesregierung auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer solchen Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast hinzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen



Professor Dr. Hans Gersbach

(Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats)

**Der Brief wurde vorbereitet von folgenden Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats beim
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Professor Axel Börsch-Supan, Ph.D. Federführung
Direktor des Munich Center for the Economics of Aging (MEA)
am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München

Professor Dr. Friedrich Breyer
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Konstanz

Professor Dr. Hans Gersbach (Vorsitzender)
Professor für Makroökonomie: Innovation und Politik
ETH Zürich

**Übrige Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Frau Professor Christina Gathmann, Ph.D. (Stellv. Vorsitzende)
Lehrstuhl für Arbeitsmarktökonomie und Neue Politische Ökonomik
Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Heidelberg

Professor Dr. Hermann Albeck
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Saarbrücken

Professor Dr. Stefan Bechtold
Professor für Immaterialgüterrecht
D-GESS Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften
an der ETH Zürich

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Peter Bernholz
Em. Professor für Nationalökonomie,
insbesondere Geld- und Außenwirtschaft,
an der Universität Basel

Professor Dr. Norbert Berthold
Professor für Volkswirtschaftslehre an der
Bayerischen Julius-Maximilians-Universität in Würzburg

Professor Dr. Charles B. Blankart
Em. Professor für Wirtschaftswissenschaften
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Dres. h.c. Knut Borchardt
Em. Professor für Wirtschaftsgeschichte und
Volkswirtschaftslehre an der Universität München

Professor Dr. Christoph Engel
Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern
Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück

Professor Dr. Armin Falk
Professor für Volkswirtschaftslehre
Lehrstuhl für Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Bonn
Abteilung für Empirische Wirtschaftsforschung

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim i.R.
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Herrn Professor Marcel Fratzscher, Ph.D.
Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und
Professor für Makroökonomie und Finanzen an der Humboldt-Universität Berlin

Professor Dietmar Harhoff, Ph.D.
Professor für Betriebswirtschaftslehre
Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Martin Hellwig, Ph. D.
Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern und
Professor an der Universität Bonn

Professor Dr. Roman Inderst
Professor für Finanzen und Ökonomie
an der Universität Frankfurt/M., House of Finance

Professor Dr. Otmar Issing
Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank i.R.
Frankfurt/Main

Professor Dr. Eckhard Janeba
Professor für Volkswirtschaftslehre insbesondere Finanzwissenschaft
und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim

Professor Dr. Günter Knieps
Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaft
und Regionalpolitik; Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Professor Dr. Dr. h.c. Wernhard Möschel
Em. Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht
an der Universität Tübingen

Professor Dr. Manfred J.M. Neumann
Em. Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften,
insbesondere Wirtschaftspolitik,
an der Universität Bonn

Professor Dr. Axel Ockenfels
Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften
Staatswissenschaftliches Seminar
an der Universität zu Köln

Professor Regina T. Riphahn, Ph.D.
Professor für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dr. Albrecht Ritschl
Professor für Wirtschaftsgeschichte
an der London School of Economics

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Helmut Schlesinger
Präsident der Deutschen Bundesbank i.R.
Honorarprofessor an der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

Professor Dr. Klaus Schmidt
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Monika Schnitzer
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Olaf Sievert
Präsident der Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und
Thüringen, Leipzig i.R.,
Honorarprofessor Universität Saarbrücken

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn
Präsident des Ifo-Instituts München i.R.
Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft
an der Universität München

Professor Dr. Roland Vaubel
Em.Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Dr. Jürgen von Hagen
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn
Direktor am Institut für Internationale Wirtschaftspolitik, Universität Bonn

Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität zu Köln

Professor Dr. Christian Watrin
Em. Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften
an der Universität Köln

Professor Dr. Ludger Wößmann
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Leiter, ifo Zentrum für Bildungsökonomik

Professor Dr. Claudia M. Buch
Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main

Professor Achim Wambach, Ph.D.
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim
Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften
an der Universität zu Köln

Professor Dr. Eberhard Wille
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
an der Universität Mannheim